

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
---------------	--	------------------	--	-----------------	---------------------

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs in allen oder zahlreichen Produktbereichen

alle-01	<p>Senkung der Personalaufwendungen durch personalwirtschaftliche Maßnahmen</p> <p>Personalausschuss (10 - Personalservice)</p>	<p>Bis zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs gelten fort</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Verpflichtung zu aufgabenkritischen Betrachtungen gemäß der vom Kämmerer für die vorläufige Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2010 herausgegebenen Geschäftsanweisung - die Stellenbesetzungssperre von mindestens 12 Monaten und - eine Sperrfrist für Beförderungen von mindestens zwei Jahren. 	<p>?</p> <p>jährlich 100.000 € (geschätzt)</p>	Keine besonderen Voraussetzungen	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010 in Übereinstimmung mit Personalausschuss, 04.05.2010. Offen, wer über Ausnahmen entscheidet.
alle-02	<p>Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen</p> <p>Hauptausschuss (Verwaltungsvorstand)</p>	<p>Die interkommunale Zusammenarbeit soll konsequent auf weitere Handlungsfelder (zum Beispiel Gebäudemanagement, IT-Service, Rechtsberatung, Feuerschutz) ausgedehnt werden, um zu Einsparungen zu gelangen und/oder durch Know-how-Bündelung den beteiligten Verwaltungen zu Kompetenzgewinnen zu verhelfen.</p>	?	Zustimmung des Hauptausschusses zum Vorgehen, Bereitschaft anderer Kommunen zur Zusammenarbeit	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010; Kreis einbeziehen. Zwischenbericht bis 01.10.2010.
alle-03	<p>Dokumentenmanagement - Ausbau elektronischer Dokumentenverarbeitung</p> <p>Hauptausschuss (111 - IT-Service in Zusammenarbeit mit allen Bereichen)</p>	<p>Mit der Ablösung des IT-Tools „KIRP“ für das Haushaltswesen durch die Finanzsoftware „newsystem“ des Unternehmens INFOMA und der Anbindung des neuen Finanzverfahrens an das Dokumentenmanagementsystem können wesentliche Geschäftsprozesse des Finanzwesens (Erstellen der Kassenanweisungen, ihre Buchungen und ihre Ablage ausgehend von digital verfügbaren Belegen) digital (und medienbruchfrei) durchgeführt werden.</p> <p>Eingespart werden kann auch - mindestens - 50 % einer Stelle Verwaltungskraft m.D.</p> <p>Das Dokumentenmanagement soll nach und nach in allen Verwaltungsbereichen eingesetzt werden. Dadurch entfallen zahlreiche manuell durchzuführende Erfassungsarbeiten, die bisher oft mehrfach durchzuführen sind.</p> <p>Der weitere Effekt: Es sinken der Papier- und Energieverbrauch, es werden weniger Akten angelegt, der Schrank- und auch Raumbedarf wird geringer.</p>	20.000 €	Der Prozess ist eingeleitet.	Arbeitskreis (AK) Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.
alle-04	<p>Erhebung von Kostendeckungsbeiträgen für die Nutzung städtischer Räumlichkeiten</p>	<p>Die Stadt erhebt für die Nutzung von Räumlichkeiten durch Vereine Kostendeckungsbeiträge, die die Aufwendungen der Stadt ausgleichen; dabei bleibt die Jugendarbeit unbelastet.</p>	?	Beschluss des Stadtrates Die Verwaltung	

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	<p>Hauptausschuss</p> <p>(20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 230 - Immobilienmanagement, 40 - Schulverwaltung und 41 - Kultur)</p> <p>in diesem Zusammenhang: Anregung von Herrn Dr. Horst Dornhagen (Nr. 5), s. Vorlage 65/2010</p>	<p>(Für Sportstätten, die nicht zugleich dem Schulsport dienen, sondern ausschließlich von Vereinen genutzt werden, siehe die unter dem Produktbereichsbudget 080 - Sportförderung aufgeführte denkbare Maßnahme.)</p> <p>Die Stadt stellt vielen Vereinen Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung. Die Nutzung fällt unterschiedlich aus: Manche Räumlichkeiten stehen Vereinen zur ausschließlichen Nutzung zur Verfügung, meistens handelt es sich um eine vorübergehende Mitbenutzung. Die wirtschaftlichen Nutzungsbedingungen sind auch sehr unterschiedlich: Manche Vereine tragen alle verbrauchsabhängigen Kosten, andere dagegen nicht. Die verfolgte Neuregelung soll auch eine Gleichbehandlung herbeiführen.</p> <p>„Die Gebühren für die Nutzung von städtischen Einrichtungen vor allen Dingen die Nutzung von Flutlichtanlagen sollen kostengerecht erhoben werden. Mir ist z. B. am 11.3.10 ca. 21.00 Uhr aufgefallen, dass die Beleuchtung auch noch dann in Betrieb ist, wenn der Platz nicht mehr genutzt wird.“</p> <p>Nach den Beschlüssen des Hauptausschusses und des Rates vom 24.03.2010 soll die Anregung in die Beratungen zur Fortschreibung des HSK einbezogen werden.</p>		<p>legt einen Entwurf vor.</p>	
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 010 - Innere Verwaltung					
010-01	<p>Umstellung der PC-Arbeitsplatz- auf Thin-Client-Arbeitsplatzgeräte</p> <p>Hauptausschuss</p> <p>(111 - IT-Service)</p>	<p>Die PC's sollen, soweit wie möglich, durch Thin-Client-Arbeitsplatzgeräte ausgetauscht werden.</p> <p>Für den Betrieb einer Thin-Client-Anwendung (mit „dünnen“ Endgeräten) wird weniger Hardwareleistung als für den Betrieb einer PC-(Fat-Client-)Anwendung benötigt. Die Nutzungsdauer eines Thin Clients beträgt durchschnittlich sieben Jahre, ein konventioneller Desktop wird drei bis vier Jahre genutzt. Thin-Clients stellen lediglich die Benutzerschnittstelle dar, die Datenverarbeitung erfolgt durch einen Server. Auf dem Server bzw. den virtualisierten Desktops werden die Eingaben verarbeitet und die Ausgabe wird zurück zum Client geschickt, der diese nur noch anzeigen muss.</p>	14.000 €	<p>Der Umstellungsprozess ist eingeleitet.</p>	<p>AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.</p>
010-02	<p>Desktop-Virtualisierung</p> <p>Hauptausschuss</p>	<p>Die PC's als die Endgeräte im eigenen IT-Netz (die „Clients“) „laufen“ mit ihrem Betriebssystem inklusive aller normalerweise lokal installierten Anwendungen künftig in einer virtuellen Maschine auf dem Server. Das führt zu einer Verlängerung der Lebensdauer der Endgeräte und zu</p>		<p>Der Umstellungsprozess ist eingeleitet.</p>	<p>AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.</p>

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	(111 - IT-Service)	einer Verringerung des Support-Aufwandes.	2.000 €		
010-03	Reduzierung der Aufwendungen für Heizung durch Forcierung/ Erweiterung der Gebäudeleittechnik im Gebäudemanagement Bau- und Vergabeausschuss (230 - Immobilienmanagement)	Die Gebäudeleittechnik zur zentralen Steuerung der Wärmeversorgung der städtischen Gebäude soll ausgebaut werden. Über mehrere Jahre sind Investitionen für eine Gebäudeleittechnik getätigt worden. Ihre Amortisation erfordert die Einbeziehung vieler städtischer Gebäude. Der offensive Einsatz der Gebäudeleittechnik ermöglicht erhebliche Einsparungen bei den Aufwendungen für Heizung.	?	Der Bereich Immobilienmanagement ist beauftragt, die noch zu tätigen Investitionen mit ihren Kosten und den „Return on Investment (ROI)“ zu ermitteln.	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
010-04	Gesponsertes Kraftfahrzeug für den Hausmeisterpool Hauptausschuss (230 - Immobilienmanagement)	Mindestens ein Kraftfahrzeug des Hausmeisterpools soll im Wege des Sponsoring beschafft werden.	3.000 €	Keine besonderen Voraussetzungen - die Verwaltung wird tätig.	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010.
010-05	Ressourcenverbrauch des Hausmeisterpools transparent werden lassen Hauptausschuss (230 - Immobilienmanagement)	Die Zusammenfassung der Hausdienst-Mitarbeiter im Hausmeisterpool hat sich bewährt. Ergänzt werden muss die Zusammenfassung der Beschäftigten um die Zuordnung aller deren Stellen und die ressourcenverbrauchsgerechte Abrechnung der Dienstleistungen gegenüber den Bereichen/Einrichtungen, die den Hausmeisterpool in Anspruch nehmen.	?	Entscheidung des Verwaltungsvorstandes, die im Zuge der Entscheidungen zum Stellenplan und den Stellenübersichten der in Betracht kommenden Sondervermögen nachvollzogen wird.	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
010-06	Veräußerung von Grundbesitz ohne öffentliche Nutzung Hauptausschuss (80 - Wirtschaftsförderung)	Die Stadt veräußert - soweit wie möglich und wirtschaftlich von Vorteil - bebaute und unbebaute Grundstücke oder Grundstücksteilflächen, die für die Aufgabenerfüllung nicht benötigt werden. Anm.: Veräußerungserlöse führen nur dann zu einer Verbesserung der Ergebnisrechnung, wenn sie höher ausfallen als die Bilanzwerte.	?	Zustimmender Beschluss des Hauptausschusses Die Verwaltung ermittelt sodann die in Betracht	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorbereitung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	zung und Liegenschaften)	Der Stadt fließt Liquidität zu.		kommen den Grundstücksflächen und stellt sie dem Unterausschuss für Liegenschaftsange- legenheiten/ Hauptausschuss vor.	
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 020 - Sicherheit und Ordnung					
020- 01	Kooperation mit be- nachbarten Feuerweh- ren Hauptausschuss (37 - Feuerwehr und Rettungswesen)	Zielstrebig soll die Kooperation mit den benachbarten Trägern des Feu- erschutzes gesucht werden, die den Beteiligten zu Einsparungen ver- hilft. Das generelle Ziel der Zusammenarbeit dort, wo sich Vorteile für die Beteiligten ergeben, hat für den vorbeugenden wie den abwehrenden Brandschutz besondere Bedeutung.	?	Bereitschaft ande- rer Träger des Feuerschutzes zur Zusammenarbeit	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010; Zwischenbericht bis 01.10.2010.
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 030 - Schulträgeraufgaben					
030- 01	Reduzierung des Ener- gieverbrauchs im Zuge von Schülerprojekten	Die Schulen werden gebeten, Schülerprojekte mit dem Ziel der Energie- einsparung durchzuführen. Den Schulen fließen 50% der dadurch einge- sparten Haushaltsmittel zur freien Verwendung in ihrem Budget zu.	?	Beschluss des Stadtrates	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010. Wasserverbrauch einbeziehen.
030- 02	Zusammenlegung von Grundschulen Schulausschuss (40 - Schulen in Zusam- menarbeit mit 230 - Immobilienmanagement)	Grundschulen werden zusammengelegt. Freiwerdende Raumressourcen werden Ertrag bringend genutzt.	?	Beschluss des Rates nach Beteiligung der Schulen, Zu- stimmung der Schulaufsichtsbe- hörde	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Die Situation muss weiter beobachtet werden.
030- 03	Anpassung der Stellen für Schulsekretärinnen an die rückläufigen Schülerzahlen	Die Stellenausstattung für die Stellen der Schulsekretärinnen wird - nach Maßgabe anerkannter interkommunaler Maßstäbe - an die rückläufigen Schülerzahlen angepasst.	20.000 €	Zustimmung des Verwaltungsvor- standes/bereits erteilt	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	Schulausschuss (40 - Schulen)				
030-04	Anhebung der Elternbeiträge für den OGS-Besuch an den kommunalen Standard Schulausschuss (20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 40 - Schulen)	a) Für den Besuch der Offenen Ganztagschulen (OGS) werden höhere Beiträge in die Gebührensatzung für den OGS-Besuch erhoben. (bereits vollzogen) b) Zur Vermeidung der Absenkung der freiwilligen Leistungen der Stadt (mit 50 € pro Schüler/Jahr geplant) wird eine weitere, die geplante Absenkung nicht mehr erforderlich machende Anhebung vorgenommen.	52.000 € 35.000 €	Änderungen der Beitragssatzung	zu a): erledigt zu b): beschlossen vom Rat am 27.04.2010
030-05	Beiträge für Geschwisterkinder in OGS Schulausschuss (20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 40 - Schulen)	Auch der bisher beitragsfreie Besuch von Geschwisterkindern in OGS für Schüler/innen wird, allerdings nur in einem geringen Umfang, beitragspflichtig. Denkbar ist ein Beitrag in Höhe von 25%.	18.000 €	Änderung der Beitragssatzung	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: OVG-Entscheidung i. S. Beitragsanhebung für Geschwisterkinder durch Kommunen im Nothaushalt abwarten.
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 040 - Kultur und Wissenschaft					
040-01	Senkung des Zuschussbedarfs für Kulturveranstaltungen der Stadt Wesseling Kultur- und Partnerschaftsausschuss (41 - Kultur, Sport)	a) Der Kostendeckungsgrad für die kulturellen Veranstaltungen der Stadt wird erhöht. Angestrebt werden zusätzliche Erträge in Höhe des Aufwandes einer Planstelle. b) Die Leistungen der Stadt für den Karneval werden abgesenkt. Mit dem Festkomitee Wesseling Karneval und Vertretern von Karnevalsgesellschaften sollen Gespräche hierüber geführt werden.	50.000 €	Ratsbeschlüsse - zu a): Für alle Kulturveranstaltungen des Jahres 2009 werden die Erträge und Aufwendungen (auch hinsichtlich des Einsatzes städtischer Beschäftigter) gegenüber gestellt, um Grundlagen für konkrete Maßnahmen zur Erhöhung	Zu b): AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Die Beratungsergebnisse der Arbeitskreise Karneval I und Karneval II werden mitgetragen.

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
				des Kostendeckungsgrades zu erarbeiten.	
040-02	Vollständige Kostendeckung bei von der Stadt organisierten Fahrten für Einwohner Kultur- und Partnerschaftsausschuss (41 - Kultur, Sport)	Für die von der Stadt organisierten Fahrten für Einwohner der Stadt wird vollständige Kostendeckung erzielt, und zwar unter Einschluss der Aufwendungen des für die Organisation eingesetzten Personals und des Sachaufwandes.	?	Beschluss des Stadtrates	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010. SPD-Fraktion beantragt "Härtefallregelung". Beratung dazu im Fachausschuss.
040-03	Stärkere Vermietung des Rheinforums Kultur- und Partnerschaftsausschuss (41 - Kultur, Sport)	Die Auslastung des Rheinforums durch Veranstaltungen, wie Tagungen, soll mit dem Ziel weiterer Erträge gesteigert werden.	?	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Mit Ziel einverstanden. Ein Vermarktungskonzept und eine Nutzungs- und Entgeltordnung sollen erarbeitet werden.
040-04	Zusammenlegung der Büchereien der Stadt Wesseling Kultur- und Partnerschaftsausschuss (41 - Kultur, Sport)	Die Stadt stellt ihr Büchereiangebot in einer Bücherei dar, deren Standort das Schulzentrum ist. Für deren Betrieb wird im Interesse der Begrenzung des Personalaufwandes das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Eltern, sowie Schülerinnen und Schülern gesucht. Eingespart werden könnten Sachaufwendungen und auch Personalaufwand von mindestens Anm.: Ein der Schulzentralbibliothek vergleichbares Angebot halten die anderen Kommunen im Kreis nicht vor. Überhaupt ist ein derart umfangreiches Büchereiangebot, wie es die Stadt vorhält, in Städten in der Größenordnung Wesselings nicht Standard.	150.000 €	Beschluss des Stadtrates	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: - Schulzentralbücherei soll (ehrenamtlich) durch Elternschaft und Lehrpersonal der Schulen des Schulzentrums betrieben werden (anderenfalls schließen). - Stadtbücherei soll erhalten bleiben, Öffnungszeiten sollen gestrafft werden, um Personalaufwand absenken zu können. Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zu ehrenamtlicher Mitarbeit soll genutzt werden.
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 050 - Soziale Leistungen					
050-01	Reduzierung der Übergangsheime für ausl. Flüchtlinge und Ob-	Die Zahl der Übergangsheime für ausländischen Flüchtlinge sowie die Zahl der Obdachlosenunterkünfte werden an den Bedarf angepasst.	?	Die Verwaltung erarbeitet Entscheidungsgrundla-	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	<p>dachlose</p> <p>Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren</p> <p>(50 - Soziale Hilfen und Wohnungswesen)</p>	<p>Seit Jahren ist die Anzahl der von der Stadt zu betreuenden ausländischen Flüchtlinge rückläufig. Rückläufig ist auch die Zahl der sonst obdachlosen Personen. Daher ist eine Schließung von Übergangsheimen und Obdachlosenunterkünften möglich. Es können Mietverträge für angemieteten Wohnraum aufgelöst und Mietzins eingespart bzw. der für die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigte Grundbesitz veräußert werden.</p>		gen.	
050-02	<p>Überprüfung von freiwilligen Leistungen</p> <p>Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren</p> <p>(50 - Soziale Hilfen und Wohnungswesen)</p>	<p>Die freiwilligen Leistungen unter dem Stichwort</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Familienpass“, - „Beförderungsschein für Behinderte“ - „Rentenberatung“ <p>werden nach ihrem Erfordernis und dem damit verbundenen Aufwand überprüft.</p>	<p>3.000 € 7.000 € 25.000 €</p>	<p>Wird der Maßnahme grundsätzlich zugestimmt, erarbeitet die Verwaltung Entscheidungsgrundlagen.</p>	<p>Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010/ Ausschuss f. Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren hat am 09.06.2010 empfohlen, die Mittel für den "Familienpass" zu streichen, die Bezuschussung der "Beförderungsscheine ..." beizubehalten. AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Verwaltung soll Vorlage mit ausführlicher Sachdarstellung für den Hauptausschuss erarbeiten.</p>
Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 060 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe					
060-01	<p>Hilfe zur Erziehung - Reduzierung der Fallkosten für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Jugendhilfeausschuss</p> <p>(51 - Jugendhilfe)</p>	<p>a) Die Fälle der - stationären - Hilfen in Heimen sowie der für ambulante Hilfen mit überdurchschnittlich hohen Kosten werden unter Wahrung des zu verfolgenden erzieherischen Ziels nach dem angemessenen Verhältnis von Nutzen (Wirksamkeit) und Aufwand überprüft.</p> <p>b) Den Empfehlungen der GPA, den Anteil der ambulanten - flexiblen - Hilfen und der Vollzeitpflege gegenüber den stationären Hilfen in Heimen stärker auszuräumen, dafür das Jugendamt sowohl mit einem - überschaubaren - Präventionsbudget auszustatten und es - gering - personell zu verstärken, soll konsequent nachgegangen werden. Erweisen sich die Vorschläge als tragfähig, lassen sich beträchtliche Einsparungen erzielen: netto</p>	<p>?</p> <p>856.000 €</p>	<p>zu a): Keine besonderen Voraussetzungen - die Verwaltung wird tätig.</p> <p>zu b): Wird der Maßnahme grundsätzlich zugestimmt, erarbeitet die Verwaltung Entscheidungsgrundlagen.</p>	<p>zu a) und b): Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010 Anm. zu a): Schwerpunkt der Örtlichen Rechnungsprüfung in 2010 auf Beschluss des Rechnungsausschusses vom 06.05.2010.</p>
060-02	<p>Anhebung der Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen</p>	<p>Die einkommensabhängigen Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen werden entsprechend den aus einem interkommunalen Vergleich gewonnenen Erkenntnissen erhöht. Einbezogen in die Beitragspflicht wer-</p>			erledigt

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
	für Kinder Jugendhilfeausschuss (20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 51 - Jugendhilfe)	den auch Eltern mit einem geringeren Jahreseinkommen als 27.500 €. (bereits vollzogen) Bereits 2009 vollzogen: Die Beitragsfreiheit für das sog. dritte Kindergartenjahr entfällt, bewirkt Entlastung des städtischen Haushalts um 277.000 €/a.	103.000 €		
060-03	Beiträge für Geschwisterkinder in Tageseinrichtungen für Kinder Jugendhilfeausschuss (20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 51 - Jugendhilfe)	Auch der bisher beitragsfreie Besuch von Geschwisterkindern in Tageseinrichtungen für Kinder wird, allerdings nur in einem geringen Umfang, beitragspflichtig. Denkbar ist ein Beitrag in Höhe von 25%.	18.000 €	Änderung der Beitragsatzung	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: OVG-Entscheidung i. S. Beitragsanhebung für Geschwisterkinder durch Kommunen im Nothaushalt abwarten.
060-04	Überprüfung der Angebote der offenen Jugendarbeit Jugendhilfeausschuss (51 - Jugendhilfe)	Die Angebote der offenen Jugendarbeit werden überprüft, und zwar nach ihrer Zielsetzung (mit der Fragestellung, was bewirkt werden soll, und was tatsächlich bewirkt wird) und nach der Fragestellung, ob Aufwand und Nutzen vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Erzielung des Haushaltsausgleichs in einem angemessenen Verhältnis stehen.	?	Abschließende Bewertung des so verfolgten Prozesses durch den Stadtrat	
060-05	Überprüfung des Vorhaltens und der Verwaltung der Jugendtreffpunkte Jugendhilfeausschuss (51 - Jugendhilfe)	Der Beschädigung und Zerstörung von Jugendtreffpunkten muss entgegen gewirkt werden, da anderenfalls ihr Vorhalten im Hinblick auf die von der Stadt aufzuwendenden Reparatur- und Instandsetzungskosten nicht mehr vertretbar ist.	?	Beschluss des Jugendhilfeausschusses	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
060-06	U-3-Betreuung in Kooperation mit freien Trägern Jugendhilfeausschuss (51 - Jugendhilfe)	Kooperation mit freien Trägern zur Schaffung weiterer Plätze für die U-3-Betreuung, wenn darüber für die Stadt finanzielle Vorteile erlangt werden können.	?	Beschluss des Stadtrates	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
---------------	--	------------------	--	-----------------	---------------------

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 080 - Sportförderung

080-01	<p>Übertragung von Verantwortung an Sportvereine für Sportstätten der Stadt/ Kostendeckungsbeiträge von Vereinen</p> <p>Ausschuss für Sport und Freizeit (41 - Kultur, Sport)</p>	<p>a) Zu Sportstätten, die nicht zugleich dem Schulsport dienen, sondern ausschließlich von Vereinen genutzt werden, werden den Vereinen gesicherte Nutzungsrechte eingeräumt, wenn die Vereine im Gegenzug ihre Bereitschaft erklären, die Unterhaltung und Bewirtschaftung in die eigene Verantwortung übernehmen.</p> <p>Sollten die Vereine das Angebot nicht innerhalb einer angemessenen Frist annehmen wollen, würde eine Schließung dieser Sportstätten verfolgt werden.</p> <p>b) Für die übrigen Sportstätten gilt: Die Stadt erhält Kostendeckungsbeiträge, über die der Mehraufwand der Stadt, soweit er nicht auf die Jugendarbeit zurückgeht, ausgeglichen wird.</p>	<p>?</p> <p>?</p>	<p>Beschlüsse des Stadtrates</p>	
080-02	<p>Bäderangebot neu ordnen</p>	<p>a) Es wird für das Gartenhallenbad das Ziel eines „Bürgerbades“ verfolgt, über das die finanzielle Verantwortung für den Betrieb des Bades der Stadt abgenommen wird.</p> <p>Bei einem Bürgerbad handelt es sich um ein Schwimmbad, das von Bürgern, im Regelfall in nicht kommerzieller Absicht, betrieben wird. Sollte die Stadt nicht erfolgreich sein, würde sie ihr Bäderangebot auf das Schul- und Vereinsbad begrenzen.</p> <p>b) Sofortmaßnahmen zur Reduzierung des Zuschussbedarfs werden ergriffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Senkung der der Wassertemperatur um 1° Celsius - Anhebung des Kurzeittarifs 		<p>Beschluss des Stadtrates</p>	<p>AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Das Gartenhallenbad soll möglichst erhalten bleiben, sofern das Kostendefizit deutlich, um ca. die Hälfte, reduziert werden kann.</p> <p>Kurzfristig soll eine Anpassung/ Erhöhung von Benutzungsgebühren unter Orientierung an Gebühren benachbarter Bäder erfolgen.</p> <p>Es sollen Lösungen erarbeitet werden zur Reduzierung sowohl der Personal- als auch der Sachkosten, des weiteren Ideen zur Gewinnung neuer Benutzergruppen. Die Idee eines Bürgerbades nach dem Beispiel in Münster-Handorf soll weiterverfolgt werden.</p>

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
---------------	--	------------------	--	-----------------	---------------------

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 110 - Ver- und Entsorgung

110-01	Rekommunalisierung des Stromnetzes Hauptausschuss (II - Kämmerer)	Die Rekommunalisierung des Stromnetzes - u. U. gemeinsam mit anderen Städten - soll dann verfolgt werden, wenn die Stadt oder ihre Eigengesellschaft Stadtwerke Wesseling GmbH darüber dauerhaft höhere Erträge erwirtschaften kann.	?	Bereitschaft der Stadt (u. U. auch anderer Städte), den Konzessionsvertrag mit der Eigengesellschaft oder einem anderen Energieversorgungsunternehmen abzuschließen, an dem die Stadt bzw. die Eigengesellschaft beteiligt ist	
--------	--	--	---	--	--

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 120 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

120-01	Straßenreinigung - höheren Aufwand für den Winterdienst zeitnah an die Entgeltpflichtigen weitergeben Betriebsausschuss (EBW - Entsorgungsbetriebe)	Damit die Stadt, die die Unterdeckung des „Gebührenhaushalts“ für die Straßenreinigung in ihrer Funktion als Trägerin der Straßenbaulast auszugleichen hat, bei überdurchschnittlichem Aufwand für den Winterdienst nicht unangemessen hoch belastet wird, soll das bisher einheitliche Straßenreinigungsentgelt gespreizt werden in ein Straßenreinigungs- und ein Winterdienstentgelt. Das Entgelt für den Winterdienst soll unter Berücksichtigung des im Vorjahr angefallenen Aufwands für den Winterdienst bemessen werden.	nicht bezifferbar; die Stadt erhält Liquiditätsvorteil	jährliche Beschlussfassung zur Straßenreinigungssatzung durch den Stadtrat	AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.
120-02	Straßenbeleuchtung: Reduzierung der Aufwendungen für Straßenbeleuchtung Bau- und Vergabeausschuss (66 - Verkehrsflächen)	a) Die Wirkungen der im Zuge des „Konjunkturpakets II“ bevorstehenden Umstellung zahlreicher Lampen für die Straßenbeleuchtung auf eine neue Technik, verbunden mit einer Nachtabsenkung (=reduzierte Leuchtkraft) führen zu einer Einsparung: b) Soweit die Straßenbeleuchtung nicht im Zuge des „Konjunkturpakets II“ mit Energie sparenden Leuchten ausgestattet wird, setzt die Stadt eigene Mittel ein, um für die gesamte von der Stadt verantwortete Straßen-	28.000 €	zu b): Die Verwaltung ermittelt den Investitionsaufwand	zu a): Zustimmung Bau- u. Vergabeausschuss am 20.04.2010. Wegen günstigen Submissionsergebnisses wurde Anschlussauftrag erteilt werden, der <u>zusätzliche</u> Einsparung von 10.000 € bewirkt.

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
		<p>beleuchtung Energieeinsparung zu erzielen.</p> <p>c) Die Straßenbeleuchtung außerhalb der Ortsdurchfahrten an den Landes- und Kreisstraßen (auf „freien Strecken“) unterbleibt.</p> <p>d) Die Beleuchtung von Gebäuden, die nicht im Eigentum der Stadt stehen und nicht von ihr genutzt werden, wird in die Verantwortung der Eigentümer übergeben.</p>	<p>?</p> <p>27.000 €</p> <p>3.000 €</p>	<p>und den „Return on Investment (ROI)“.</p> <p>zu c): Beschluss des Stadtrates - Die Umrüstung verlangt den Einsatz von rd. 12.000 € (einmalig).</p>	<p>zu d): AK Haushaltssicherung am 27.07.2010: Maßnahme soll durchgeführt werden.</p>
120-03	<p>Wiedereinführung von Gebühren für die Nutzung öffentlichen Verkehrsraums durch Parken</p> <p>Hauptausschuss</p> <p>(32 - Sicherheit und Ordnung in Zusammenarbeit mit 66 - Verkehrsflächen)</p>	<p>Die Stadt führt für das Zentrum wieder Gebühren für das Parken im öffentlichen Verkehrsraum ein. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) lässt die Erhebung von Parkgebühren ausdrücklich zu.</p> <p>Die Inanspruchnahme des öffentlichen Verkehrsraums durch Parken ist in den Städten überwiegend gebührenpflichtig.</p> <p>In früheren Jahren (1992 bis 1999) war das Parken im öffentlichen Verkehrsraum im Zentrum der Stadt gebührenpflichtig. Die Wiedereinführung von Parkgebühren ist nach Maßgabe eines zu erarbeitenden Bewirtschaftungskonzepts zu verfolgen.</p>	150.000 €	<p>Beschluss des Stadtrates: Erlass einer Parkgebührensatzung</p> <p>Die Wiedereinführung erfordert eine intensivere Überwachung des ruhenden Verkehrs.</p>	
120-04	<p>Reduzierung des Standards für die Pflege von Straßenbegleitgrün und der Kreisverkehrsplätze</p> <p>Bau- und Vergabeausschuss</p> <p>(66 - Verkehrsflächen in Zusammenarbeit mit EBW)</p>	<p>a) Die Stadt bemüht sich um Sponsoring-Leistungen von Dritten, wie Landschafts- und Gartenbauunternehmen, sowie um die Pflege des Grüns durch Anwohner, um den eigenen Aufwand zu senken.</p> <p>Jetzt wendet die Stadt jährlich für das Straßenbegleitgrün rd. 417.000 € incl. Baumpflege, Rasenschnitt, Gehölzpflege und Wechselbepflanzung und für Kreisverkehrsplätze etwa 72.000 € auf.</p> <p>b) Soweit die Stadt bei der Suche nach Sponsoren nicht erfolgreich ist, wird die jetzt übliche jährlich zweimalige Wechselbepflanzung durch den Betriebshof ersetzt durch Dauerbepflanzung oder Neugestaltung mit</p>	?	<p>zu b): Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses</p>	<p>zu a): Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010 (Anm.: Für die "Kreisel" Siebengebirgs- und Urfelder Straße gibt es Sponsoring-Zusagen.)</p> <p>zu b): Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010</p>

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssi- cherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
		deutlich geringerem Folgeaufwand. c) Die „Hundetoiletten“ werden nach Aufwand und Nutzen kritisch hinterfragt. Bei ihrer Aufgabe werden Unterhaltungsaufwendungen eingespart:	3.000 €	zu c): Beschluss des Stadtrates	
120-05	Anregung von Herrn Dr. Horst Dornhagen (Nr. 4), s. Vorlage 65/2010 Bau- und Vergabeausschuss (66 - Verkehrsflächen in Zusammenarbeit mit 32 - Sicherheit und Ordnung)	„Alle Überlegungen zu neuen Kreiseln sollten ebenfalls neu geführt werden. Das Argument sie seien billiger als Ampeln zieht heute durch die neuen Ampel-Techniken nicht mehr. Auch kann man Kreisel wesentlich preiswerter gestalten mit fast Null Nachaufwand z.B. durch Aufpflasterung.“ Nach den Beschlüssen des Hauptausschusses und des Rates vom 24.03.2010 soll die Anregung in die Beratungen zur Fortschreibung des HSK einbezogen werden.		Bewertung durch den Bau- und Vergabeausschuss nach einer Stellungnahme der Verwaltung	Ablehnung Hauptausschuss am 18.05.2010
120-06	Gebührenpflicht für Toilettenanlage im Fußgängertunnel Hauptausschuss (66 - Verkehrsflächen)	Die Benutzung der Toilettenanlage im Fußgängertunnel wird gebührenpflichtig. Zielgröße: 50 Cent.	?	Beschluss des Stadtrates	Hauptausschuss am 18.05.2010: "Die Bewirtschaftung soll wirtschaftlicher gestaltet werden."

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 130 - Natur- und Landschaftspflege

130-01	Anpassung der Gebührensatzung für die Friedhöfe Bau- und Vergabeausschuss (20 - Finanzmanagement in Zusammenarbeit mit 32 und EBW - Betriebshof)	Der Anteil des öffentlichen Grüns der Friedhofsflächen wird neu festgelegt = reduziert. Die Gebührensatzung wird entsprechend überarbeitet. Die Gebühren für die Nutzungsrechte von Grabstellen sind bisher dadurch „subventioniert“, dass die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grünflächen und Wege in den Friedhöfen zu einem zu großen Teil als sog. öffentliches Grün aus der Gebührenbedarfsrechnung herausgenommen und den zu Lasten der allgemeinen Deckungsmittel zu finanzierenden öffentlichen Parkanlagen zugeordnet wurden.	128.000 €	Beschluss des Stadtrates: Änderung der Friedhofsgebührensatzung	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
--------	---	---	-----------	---	---

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
130-02	Reduzierung von Vorhalteflächen für die Friedhöfe Hauptausschuss (61 - Stadtplanung)	Veränderte Ansprüche an die Bestattung haben dazu geführt, dass für die Erweiterung der Friedhöfe Hubertusstraße und Keldenich erworbene Flächen nicht mehr benötigt werden. Anm.: Veräußerungserlöse führen nur dann zu einer Verbesserung der Ergebnisrechnung, wenn sie höher ausfallen als die Bilanzwerte. Der Stadt fließt Liquidität zu.	?	Zustimmung des Hauptausschusses	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
130-03	Wegfall der Verantwortung für den „Lido“ Hauptausschuss (61 - Stadtplanung)	Die Stadt sucht Dritte, die bereit sind, den „Lido“ in ihre Verantwortung zu übernehmen. Sollte sie nicht erfolgreich sein, unterbleibt die Herichtung.	6.000 €	Zustimmung des Hauptausschusses	Anregung WIR-Fraktion, Erträge von mobilen Verkaufsstellen zu erzielen.
130-04	Gebührenpflicht für Toilettenanlagen im Entenfang-Freizeitgelände und im Rheinpark Hauptausschuss (230 - Immobilienmanagement)	Die Benutzung der Toilettenanlagen im Entenfang-Freizeitgelände und im Rheinpark wird gebührenpflichtig. Zielgröße: 50 Cent.	?	Beschluss des Stadtrates	Hauptausschuss am 18.05.2010: "Die Bewirtschaftung soll wirtschaftlicher gestaltet werden."

Denkbare Maßnahmen zur Entlastung des Zuschussbedarfs im Produktbereichsbudget 150 - Wirtschaft und Tourismus

150-01	Begrenzung der Aufwendungen für die Wirtschaftsförderung Hauptausschuss (80 - Wirtschaftsförderung und Liegenschaften)	Die Mittel für die Wirtschaftsförderung werden zielgenauer eingesetzt. Kurzfristig muss erreicht werden, dass Weihnachtsmarkt, „Weihnachtsinszenierung“ und Veranstaltungen, wie die „Baumesse“, durch Beiträge Dritter und Sponsoring-Leistungen keinen (Baumesse) bzw. einen erheblich geringeren Zuschussbedarf benötigen.	?	Verhandlungen mit dem Einzelhandel, Handwerk, Dorfgemeinschaften	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010
--------	---	--	---	--	--

(Ifd.) Nr.	Kurzbezeichnung Vorberatung im ...-Ausschuss (zuständig in der Verwaltung)	Kurzbeschreibung	Möglicher jährlicher Haushaltssicherungsbeitrag im Ergebnisplan (ErgPlan)	Voraussetzungen	Votum/ Entscheidung
---------------	--	------------------	--	-----------------	---------------------

Denkbare Maßnahmen zur Ertragssteigerung im Produktbereichsbudget 160 - Allgemeine Finanzwirtschaft

160-01	Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer Hauptausschuss (20 - Finanzmanagement)	Die Stadt hebt den Hebesatz der Gewerbesteuer von 403 v. H. auf 440 v. H. an. (bereits vollzogen)	im ersten Jahr (2010): 900.000 € längerfristig: durchschnittlich 3.200.000 €	Erlass einer Steuersatzung/ Haushaltssatzung entsprechenden Inhalts	erledigt
160-02	Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer Hauptausschuss (20 - Finanzmanagement)	Die Stadt hebt die Hebesätze der Grundsteuer an - Grundsteuer A: von 192 v. H. auf 210 v. H. - Grundsteuer B: von 381 v. H. auf 420 v. H. (bereits vollzogen)	zus. 500.000 €	Erlass einer Steuersatzung/ Haushaltssatzung entsprechenden Inhalts	erledigt
160-03	Anhebung der Hundesteuer Hauptausschuss (20 - Finanzmanagement)	Die Steuersätze der Hundesteuer werden angehoben.	30.000 €	Beschluss des Rates zur Änderung der Hundesteuersatzung	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010; Verwaltung stellt Vergleiche vor
160-04	Anhebung der Vergnügungssteuer Hauptausschuss (20 - Finanzmanagement)	Die Vergnügungssteuersatzung bedarf der Anpassung an die Rechtsprechung. In diesem Zuge soll auch geprüft werden, ob es zu einem Mehrertrag kommen kann.	?	Beschluss des Rates zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung	Zustimmung Hauptausschuss am 18.05.2010